

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Haj,  
8. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 2ten  
u. 3ten Monat besonders an-  
genommen; im Agr. Sachsen  
u. Preuss. Sachl. Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 79.

Mittwoch, 14. Juli.

1875.

## Rationalökonomie.

XI.

### Die Produktion des Mehrwerts.

Wir werden es in der Folge beinahe immer nur mit der produktiven, also mit der Waare erzeugenden Arbeit zu thun haben und deshalb der Kürze wegen unter dem Worte Arbeit immer Waare erzeugende Arbeit verstehen, wenn das Gegentheil nicht ausdrücklich gesagt ist.

Wer arbeiten will, braucht einen Gegenstand, einen Stoff, an dem sich seine Arbeit betätigen kann: der Landwirth den Boden, der Bergmann das Erz oder die Kohlen, der Schmied das Eisen etc. Alle Stoffe, sie mögen einen Namen haben welchen sie wollen, sind Produkte der Natur, denn der Mensch vermag keinen Stoff hervorzubringen. Die Erde, worunter in diesem Sinne auch die dazu gehörige Luft und das Wasser verstanden ist, bildet also das große Magazin, aus welchem die Menschen ihre Arbeitsgegenstände entnehmen; jeder Stoff nun, an welchem sich die Arbeit durch Auflösung des Stoffes von dem unmittelbaren Zusammenhang mit der Erde betätigt, ist ein natürlicher Arbeitsgegenstand. So das Holz im Urwald, Kohle und Erz im Bergwerk. Sobald der Arbeitsgegenstand bereits durch menschliche Arbeit aus seiner natürlichen Lage entfernt oder in seiner Form verändert worden ist, wie die zu Tage geförderte Kohle oder das gefällte und versägte Holz, nennt man ihn Rohmaterial.

Der Arbeiter, welcher Rohmaterial oder einen natürlichen Arbeitsgegenstand bearbeiten will, kann dies nicht mit seinen Händen und Füßen allein, er braucht noch einen oder mehrere Gegenstände, welche er als Hilfsmittel zwischen seine körperliche Thätigkeit und den Arbeitsgegenstand schiebt; diese Hilfsmittel, bekannt unter dem Namen von Werkzeug, nennen wir ganz allgemein Arbeitsmittel.

Der Stein, den der Wilde zum Zerschlagen einer Cocodnuz gebraucht, ist in diesem Sinne eben so gut ein Arbeitsmittel, wie die vollendetste Maschine; wir werden später sehen, daß die vervollkommnung der Arbeitsmittel, fernerreich für die Menschheit zu wirken berufen, unter der heutigen kapitalistischen Produktionsweise aber zu einem Fluch für die Arbeiterklasse ausgeartet ist.

Rohmaterial, Arbeitsmittel und menschliche Arbeitskraft sind also die drei Faktoren, aus denen durch Zusammenwirken ein neues, fertiges Produkt entsteht; wir haben nun zu untersuchen, welchen Einfluß diese drei Faktoren auf den Tauschwerth des neuen Arbeitsproduktes ausüben.

Jedes Rohmaterial — und in dieser Beziehung ist der natürliche Arbeitsgegenstand dem Rohmaterial gleich — wird durch die Arbeit in seiner Form oder Lage verändert, wie das Eisen durch Walzen zu Eisenblech umgestaltet wird. Dabei geht entweder das ganze Rohmaterial in das neue Produkt über, wie das Eisen in das Eisenblech; oder es wird ganz und gar verbraucht und verschwindet, wie die Kohlen, durch deren Verbrennung das Eisen geschmolzen wird; oder es geht nur ein Theil in das neue Produkt über, ein anderer Theil bleibt als für den Arbeitszweck unbrauchbarer Rückstand übrig, wie Berg beim Spinnen. Immer ist es der natürliche Gebrauchswert des Materials, die chemischen und physikalischen Eigenschaften desselben, welche die Umformung ermöglichen. Der Zusammenhang und die Dehnbarkeit der Wolle ermöglicht das Spinnen, die Schmelzbarkeit oder Dehnbarkeit des Eisens das Schmieden und Gießen.

Der Werth des Rohmaterials ist die in demselben enthaltene, allgemein menschliche, gesellschaftlich notwendige Arbeit, gemessen nach Zeit. Diese, zur Herstellung des Rohmaterials aufgewandete Zeit ist nun nur ein Theil der Zeit, die zur Herstellung des ganzen Produktes aufgewandt werden muß; der Werth des verbrauchten Rohmaterials erscheint also wieder im Werthe des fertigen Produktes. Nicht ein Tittelchen mehr oder weniger Werth, als im Arbeitsgegenstande steckte, kann durch den Arbeitsprozeß in das neue Produkt übergehen; durch die Arbeit wird nur neuer Werth dem schon vorhandenen Werth hinzugefügt; aus dem Arbeitsgegenstande, dem Rohmaterial entsteht beim Arbeiten nie neuer, vorher nicht vorhandener Werth.

Die Arbeitsmittel, Handwerkszeug, Maschinen, werden durch den Arbeitsprozeß allmählich abgenutzt und verbraucht. Die Feile, mit welcher der Schlosser arbeitet, wird stumpf und unbrauchbar; der Wagen, auf dem die Kohlen transportirt werden, verschleißt mit der Zeit wie jeder andere Gegenstand.

Der Arbeitsprozeß konsumirt also auch die Arbeitsmittel; in den meisten Fällen reicht jedoch das Arbeitsmittel zur Herstellung einer größeren Menge von Waaren aus; der Schlosser kann mit derselben Feile viele Schlüssel feilen, der Fuhrmann mit demselben Wagen viele Lasten Kohlen fahren. Während also der ganze Werth des verbrauchten Rohmaterials in das Arbeitsprodukt übergeht, giebt das Arbeitsmittel, das Werkzeug, nur so viel von seinem körperlichen Dasein und damit von seinem Werthe an das Arbeitsprodukt ab, als durch den Arbeitsprozeß von ihm vernichtet worden ist. Nicht eine Feile zur Herstellung von 100 Schlüsseln, muß sie aber nach dem Feilen von 10 Schlüsseln neu aufgeschliffen werden, und ist sie nach neunmaligem Aufschliffen ganz unbrauchbar geworden, so ist ihr ursprünglicher Werth und der Werth des neunmal wiederholten Schürfens in die 100 Schlüsseln übergegangen; in jedem einzelnen Schlüssel steckt also der hundertste Theil jenes Gesamtwertes.

Neuen Werth erzeugt das Arbeitsmittel eben so wenig, als es das Rohmaterial thut; es ist dies besonders zu betonen, da bei dem Gebrauch komplizirter Maschinen leicht der Schein ent-

steht, als ob die Maschine, welche menschliche Arbeit ersetzt, wirklich neuen Werth erzeugt. Wir wissen aber, daß der Werth nur in der menschlichen Arbeit besteht; beim Arbeitsprozeß tritt also durch die menschliche, gesellschaftlich notwendige Arbeit neuer Werth zu dem Werth hinzu, der aus dem Rohmaterial und dem verschliffenen Theile des Arbeitsmittels in das neue Produkt übergeht.

Ist also der Werth des Rohmaterials so groß, daß in ihm 10 Stunden allgemein menschlicher, gesellschaftlich notwendiger Arbeit vergegenständlicht sind; wird vom Arbeitsmittel so viel verschliffen, daß dieser Verbrauch gleich dem Werthe von 3 Stunden allgemein menschlicher, gesellschaftlich notwendiger Arbeit erscheint, und werden zur Herstellung des Produktes 7 Stunden derartiger Arbeit aufgewendet, so hat das Produkt einen Werth von  $10 + 3 + 7 = 20$  Stunden allgemein menschlicher, gesellschaftlich notwendiger Arbeit.

Wir wollen das an einem Beispiele erläutern, und dabei annehmen, daß eine Stunde allgemein menschliche, gesellschaftlich notwendige Arbeit so viel Werth erzeuge, als in 4 Sgr. steckt; wir können dann die Berechnung anwenden, dürfen aber nie übersehen, daß die in Geld ausgedrückten Werthe immer nur Resultate der Arbeitszeit sind, die zu ihrer Herstellung aufgewendet worden ist.

Drei Arbeiter vereinigen sich zur Herstellung von Mauersteinen; sie kaufen die Ziegelerde und bezahlen für so viel Erde, als sie zu 1000 Steinen gebrauchen, 1 Thlr. 2 Sgr.; der Guts- herr, der früher auf eigene Rechnung arbeiten ließ, liefert ihnen den Thonschneider, die Ziegelschuppen, die Karren, Formen und alles sonstige Gerath leihweise, und müssen sie für das Vorhalten der Geräthe, also für die Abnutzung derselben 1 Thlr. 28 Sgr. pro 1000 fertiger Steine bezahlen; das Brennmaterial kostet 1 Thlr. 12 Sgr. pro 1000 Steine; zur Herstellung der Steine selbst sind 24 Stunden Arbeit, à 4 Sgr. Werth, gleich 3 Thaler 6 Sgr. nöthig; der Werth der fertigen Steine wird also 7 Thlr. 18 Sgr. sein.

Die Arbeiter haben den Werth des Rohmaterials und die Abnutzung der Geräthe voll und ganz bezahlt und finden diesen Werth in dem fertigen Arbeitsprodukt, den Steinen, wieder; hinzugezogen ist zu diesem Werth nur der Neuwert ihrer Arbeit, nicht ein Tittelchen mehr, nicht ein Tittelchen weniger.

Ganz so, wie in diesem Beispiele, in welchem die Zahlen willkürlich gegriffen sind und auf anbedingte Richtigkeit keinen Anspruch erheben, geht es bei jeder Produktion; in der fertigen Waare steckt nur der Werth des verbrauchten Rohmaterials, ferner so viel Werth, als von den Arbeitsmitteln abgenutzt worden ist, und endlich der Werth der zur Herstellung der Waare aufgewendeten Arbeitszeit. Ob die Arbeiter für eigene Rechnung oder im Dienste eines Unternehmers arbeiten, ändert nichts an dieser Thatsache.

Da unsere Ziegler für sich selber arbeiten, verdienen sie durch den Verkauf ihrer Steine pro Stunde Arbeit 4 Sgr.; wir wollen annehmen, daß für 24 Sgr. so viel Lebensmittel gekauft werden können, als zur täglichen Erhaltung des Arbeiters und seiner Kinder in gewohnter Lebensweise notwendig ist; es würde also der Werth ihrer täglichen Arbeitskraft genau 24 Sgr. betragen, und dieser Werth in 6 Stunden ihrer Arbeit hergestellt sein.

Arbeiten also unsere Arbeiter 6 Stunden täglich, so schaffen sie in ihrem Arbeitsprodukt gerade so viel Werth, als sie zu ihrem Lebensunterhalt gebrauchen; arbeiten sie doppelt so viel Stunden, so wird natürlich doppelt so viel Werth erzeugt und gelangt in den Besitz der Arbeiter, denen das Arbeitsprodukt, die Steine, gehören.

Sobald aber die Arbeiter ihre Arbeitskraft an den Unternehmer verkaufen, bleibt zwar der Arbeitsprozeß derselbe; es stellt sich aber am Ende desselben eine ganz andere Rechnung heraus.

Nehmen wir an, daß statt der 4 Arbeiter ein Unternehmer die zur Produktion der Steine nöthigen Kohlen und die Ziegelerde, ebenso die Geräthe leihweise erworben habe und für dieselben genau dieselben Preise bezahle, wie sie die Arbeiter bezahlt haben; er kauft nun die Arbeitskraft der Arbeiter und bezahlt auch deren vollen Werth, also 24 Sgr. pro Tag.

Dem Unternehmer ist die Arbeitskraft eine Waare, deren Gebrauchswert er benutzt, wie den Gebrauchswert seiner anderen Waaren; er läßt die Arbeiter arbeiten, d. h. er läßt die natürlichen Eigenschaften seiner verschiedenen zur Produktion bestimmten Waaren: Ziegelerde, Kohlen, Werkzeuge, Arbeitskraft, auf einander wirken, läßt sie gewissermaßen zusammenschmelzen und hat dann den Werth derselben im Arbeitsprodukt als sein Eigenthum vor sich. Unsere Ziegler arbeiten also jetzt für den Unternehmer; sie wissen aus eigener Erfahrung, daß sie in 6 Stunden für 24 Sgr. neuen Werth erzeugen; da sie 24 Sgr. Lohn erhalten, arbeiten sie ruhig ihre 6 Stunden und machen dann Feierabend.

Der Unternehmer fängt an zu rechnen und findet folgendes Resultat. Er hat verausgabt

für Ziegelerde	Thlr. 1 2 Sgr.
„ Kohlen	„ 1 12 „
„ Abnutzung der Geräthe	„ 1 28 „
„ Tagelohn für 4 Arbeiter	à 24 Sgr. „ 3 6 „
Summa:	Thlr. 7 18 Sgr.

Er hat nun, da die Arbeiter in den 24 Arbeitsstunden gerade 1000 Steine fertig gemacht haben, in dem Arbeitsprodukt den vollen Werth seines verausgalteten Kapitals zurückhalten, keinen Pfennig weniger, aber auch keinen Pfennig mehr. Möglicher Weise kann er durch den Handel mit den Steinen noch einen Profit erzielen; es lag aber nicht in seiner Absicht, durch Handel

aus seinem Gelde Mehrgeld zu machen; wenn er das gewollt hätte, würde er die Steine auf dem Markt gekauft, nicht erst produziert haben. Sein Wille war, durch Ankauf der werthherzeugenden Waare Arbeitskraft für seinen vorgeschossenen Werth Mehrwerth, für sein verausgabtes Geld Mehrgeld zu erhalten; und er hat nur gerade so viel zurückhalten, als er verausgalt hat.

Der Unternehmer weiß sich aber zu helfen. „Ich habe, sagt er zu den Arbeitern, eure tägliche Arbeitskraft gekauft; mir gehört also, wie ihr zugestehen werdet, von Rechtswegen der Gebrauchswert derselben. Kaufe ich mir eine Citrone, so gehört mir auch deren Gebrauchswert, ihr Saft; ich kann sie also von Rechtswegen bis auf den letzten Tropfen auspressen. Der Gebrauchswert eurer täglichen Arbeitskraft ist nun durchaus nicht in sechsstündiger Arbeit erschöpft; von Rechtswegen könnte ich, da ein Tag 24 Stunden hat, auch vierundzwanzig Stunden Arbeit von Euch verlangen; ich bin aber ein humaner Mann, Mitglied der Gesellschaft für Volksbildung, und verlange daher aus reiner Humanität nur 12 Stunden tägliche Arbeit von Euch!“

Dagegen läßt sich nichts sagen. Unsere Ziegler erkennen die Humanität des Unternehmers an und arbeiten nun täglich 12 Stunden; sie machen in der doppelten Arbeitszeit das doppelte Quantum Steine fertig, verbrauchen aber auch natürlich doppelt so viel Material. Jetzt stellt sich die Rechnung wie folgt:

Der Unternehmer verausgabt	
für Ziegelerde	Thlr. 2 4 Sgr.
„ Kohlen	„ 2 24 „
„ Abnutzung der Geräthe	„ 3 26 „
„ Tagelohn für 4 Arbeiter	à 24 Sgr. „ 3 6 „
Summa:	Thlr. 12 — Sgr.

Dafür sind 2000 Steine à 7 Thlr. 18 Sgr. Werth fertig geworden, der Unternehmer hat also für 12 Thlr. Auslagen 16 Thlr. 6 Sgr. zurück erhalten, er hat aus Werth wirklichen Mehrwerth gemacht, sein Geld ist Kapital geworden.

Er hat 3 Thlr. 6 Sgr. verdient, genau so viel, als die Arbeiter in den 6 Stunden, welche sie als Lohnarbeiter länger arbeiten, neuen Werth erzeugt haben. Zahle der Unternehmer den Arbeitern so viel Lohn, als sie Werth erzeugen, so bliebe, wie wir gesehen haben, kein Profit für ihn übrig; sein vorgeschossenes Geld käme ohne alle Vermehrung wieder in seinen Besitz, aber es wäre kein Mehrwerth entstanden.

Das Handelskapital kann seinem Besitzer nur Mehrwerth einbringen, wenn er Waare unter dem Werth einkauft oder über dem Werth verkauft; das Bankkapital fragt gar nicht nach Waare, sondern nimmt für Werth Mehrwerth; erst dem modernen Kapital, fast möchte man sagen, dem kapitalistischen Kapital, ist es möglich, vollen Werth für die Waare zu zahlen und die Waare zum vollen Werthe zu verkaufen und doch Mehrwerth zu erzeugen.

Dieses Kunststück ist nur möglich, so lange der Arbeiter zum Verkauf der Arbeitskraft gezwungen ist. Im Besitz der Produktionsmittel erhält der Arbeiter sein Arbeitsprodukt als Eigenthum; sein ständliches Arbeitsprodukt ist gewissermaßen sein ständliches Arbeitslohn. Als Lohnarbeiter erhält er dagegen von dem durch seine Arbeit erzeugten Werthe nur einen Theil ausgezahlt; denjenigen Theil des neu erzeugten Wertes, welchen der Kapitalist für sich behält, nennen wir den Mehrwerth.

Der Mehrwerth ist also das Produkt unbezahlter Arbeit — jener Arbeit, welche der Lohnarbeiter im Dienste des Kapitals unentgeltlich verrichten muß.

Die Institution der Lohnarbeit ermöglicht es also, durch stillschweigende Einziehung des Mehrwerthes Seitens der Unternehmer den Kapitalisten und Grundbesitzern die ungeheure Menge von arbeitslosem Einkommen zu verschaffen, von der wir in den Artikeln über den Luxus und die Vertheilung des Arbeitsvertrages gesprochen haben.

Die Leser werden nun verstehen, weshalb wir so viel Gewicht auf die Werththeorie gelegt haben. Alle Forderungen des Sozialismus müssen als berechtigt anerkannt werden, sobald man die Marx'sche Werththeorie nicht widerlegen kann. Ist die Erklärung zutreffend, daß der Werth einer Sache in der zu ihrer Herstellung aufgewendeten allgemein menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Arbeit besteht, so ist in logischer Konsequenz das Lohngesetz bewiesen, und zwar mit besseren Gründen, als es Lassalle nach dem damaligen Stand der Wissenschaft beweisen konnte. Daraus folgt dann mit eiserner Konsequenz, daß arbeitsloses Einkommen nur aus unbezahlter Arbeit der produktiven Lohnarbeiter entstehen kann.

Darum mäkeln die Gegner an der Marx'schen Werththeorie umher, ohne sie doch widerlegen zu können; im wissenschaftlichen Streit braucht man also den Gegnern nur die Frage vorzulegen, worin der Werth einer Sache besteht; wer die Marx'sche Erklärung nicht zu widerlegen im Stande ist, muß sie und alle daraus folgenden Konsequenzen anerkennen, namentlich also, daß alles, in der heutigen Gesellschaft unter dem Namen von Zins, Rente oder Unternehmerrgenninn bezogene Einkommen aus unbezahlter Arbeit der Lohnarbeiter entsteht, und daß dieser Ausbeutung der Arbeiter nur durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit ein Ende gemacht werden kann.

## Protokoll über den Congress der sozial-demokratischen Arbeiterpartei

(Eisenacher Programms)

zu Gotha, Raltwassers Restaurant.

Die Sitzung wird am Montag, den 24. Mai, Vormittags 8½ Uhr, durch das Ausschuß-Mitglied Weib eröffnet, und wird

derselbe per Acclamation mit der Leitung der weiteren Verhandlungen betraut. Derselbe ernannt ein Mitglied der Versammlung welches schon beim Einigungs-Congress als Schriftführer gewählt ist, als solches hier zu fungieren.

Von der Prüfung der Mandate wird auf Vorschlag des Vorsitzenden abgesehen, da bereits alle Mitglieder durch die Mandatsprüfung des allgemeinen Einigungs-Congresses legitimiert seien.

Es erfolgt nun die Berichterstattung des Ausschusses über seine Thätigkeit und die der Partei durch den Partei-Secretair Auer:

Meine Herren! Der vorjährige Partei-Congress berief Hamburg zum vierten Male, die Leitung der Parteigeschäfte zu übernehmen.

In dem Bewußtsein der gewichtigen Aufgabe, die ihnen geworden, traten die Parteigenossen von Hamburg, Altona, Wandsbeck und Harburg den 1. August 1874 zur Wahl des neuen Ausschusses zusammen.

Das Resultat der Wahl war: Paul Martienssen 1. Vorsitzender; Ferd. Fischer 2. Vorsitzender; J. Auer Schriftführer; H. Vennede Kassirer und August Weis Beisitzer.

Es war eine schwierige Zeit in welcher der neue Ausschuss seine Thätigkeit begann. Hatte es schon in den früheren Jahren an Verfolgungen einzelner Parteigenossen, an Auflösungen einzelner Organisationen und an sonstigen Schikanen Seitens der Behörden nicht gefehlt, so übertraf doch das, was wir seit dem vorjährigen Parteicongress in dieser Hinsicht zu erfahren hatten, an Massenhaftigkeit Alles früher Dagewesene. Besonders „energisch“ ging man Seitens der Polizei und der Staatsanwaltschaft in Preußen und Baiern vor. Mitgliedschaften, welche schon seit Gründung der Partei im Jahre 1869 unter den Augen der Behörden unbeanstaltet ihre Versammlungen abgehalten und ihre Beiträge an die Parteikasse abgeführt hatten, wurden plötzlich als selbstständige Vereine erklärt, aufgelöst, und die Vertrauensmänner in mehr oder weniger hohe Geld- und Freiheitsstrafen verurtheilt. Ebenso aber wie man bestrebt war, unsere Organisation zu zerstören, so suchte man auch die Parteipresse zu schädigen. Unser Haupt-Organ der „Volksstaat“ wurde mit Prozesen förmlich überschwemmt, und ähnlich erging es unseren andern Blättern in Sachsen, Braunschweig, Baiern u. s. w. Daß in dieser allgemeinen Hezjagd auch diejenigen Parteigenossen, welche als Redner öffentlich auftraten, sich der besondern Aufmerksamkeit der heiligen Hermandad erfreuten, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

An den Fall Most mag hier nur als Exempel für die heutige Praxis, Sozialisten den Prozeß zu machen, erinnert werden. Daß unter solchen Verhältnissen Seitens der Parteibehörde weniger daran gedacht werden konnte, die Partei auszubreiten und neue Orte in die Organisation einzufügen, als die alten Orte zu erhalten und den Parteigenossen an jenen Orten, wo die Organisation zerstört worden war, mit Rath und That an die Hand zu gehen, ist selbstverständlich.

Legteres Bemühen ist auch reichlich belohnt worden. Wenn auch von Seiten der Gegner Alles aufgeboten wurde, um unsere Organisation ihrem äußeren Rahmen nach zu zerstören, so können wir doch mit Stolz sagen, daß es ihnen nicht gelungen ist, den inneren Zusammenhalt zu zerbrechen. An keinem einzigen Orte, der „aufgelöst“ wurde, ist die Verbindung mit der Partei-Leitung soweit verloren gegangen, daß nicht die Parteigenossen am Ort als einzelne Individuen ihrer Verpflichtung gegenüber der Partei auf diese oder jene Weise nachkommen.

Ja, bedenkt man, daß zu diesen polizeilichen Verfolgungen und Schikanen, noch der außerordentlich schlechte Geschäftsgang des verflossenen Jahres hinzukam, und fast man, diesen beiden Hindernissen gegenüber, die Summen ins Auge, welche von unseren Genossen für Partei-Unterstützung, Gerichts- und Strafkosten aufgebracht wurden, so darf man getrost behaupten, daß noch in keinem Jahre seit dem 6jährigen Bestehen unserer Partei mehr aufgebracht, mehr geprosert wurde.

Um Ihnen ein Bild zu geben, wie die Auflösungs-Manie gewirkt hat, erlauben wir uns Ihnen die Orte vorzuführen, an welchen durch irgend einen Richterpruch oder Nachtgebot unsere Partei-Organisation zerstört wurde. Es sind dies die nachfolgenden Orte: Berlin, Spandau, Ludenwalde, Sommerfeld, Forst, Breslau, Langenbielau, Königsberg, Hannover, Hildesheim, Bielefeld, Düsseldorf, Süchteln, Ronsdorf, Starburg, Staffurt und Reunorf, sämmtlich in Preußen. Dann in Baiern nachfolgende Orte: München, Landsbut, Amberg, Nürnberg, Erlangen, Schweinau, Schoppehof, Glaishammer, Bamberg und Hof.

Dieses Verzeichniß kann durchaus nicht Anspruch auf Vollständigkeit machen, da ja eine Reihe von Orten sich freiwillig auflöste, um so der Collision mit dem Vereinsgesetz resp. dessen reaktionärer Auslegung aus dem Wege zu gehen.

Indeß, als Beweis dafür, daß alle diese Verfolgungen im Bündniß mit der schlechten Geschäftslage, unter welcher die Arbeiter ja doch am meisten zu leiden hatten, einen „Rückgang der Sozialdemokratie“ nicht herbeiführte, möge die Thatfache dienen, daß das Abonnement des „Volksstaat“ nicht zurückging. Wenn auch keine Steigerung im Abonnement stattgefunden hat, so ist doch andererseits zu konstatiren, daß mit einer einzigen Ausnahme, die kleineren Parteiblätter im Laufe dieses Jahres sich immer mehr und mehr befestigten, so daß jetzt sämmtliche bestehende Parteivocalblätter als gesichert betrachtet werden können. Leider war es nicht möglich, die „Süddeutsche Volksstimme“ in Mainz zu retten. Um Ihnen einen Ueberblick über die Massen-Verhältnisse der Partei zu gewähren, haben wir, entsprechend einem vorjährigen Congressbeschlusse, dem Ihnen vorliegenden Massenbericht die Jahres-Bilanz beigefügt, aus der wir hier folgende Zahlen anführen:

General-Bilanz	
vom 11. Juli 1874 bis 15. Mai 1875.	
Parteiconto.	
Kassenbestand am 10. Juli 1874	140 25
Einnahme: a) Beiträge	5629 89
b) Protokolle	204 20
c) Material	125 30
d) Rückzahlung vom Nürnberger Sozial-Demokrat (Wochenblatt)	75 —
e) Zuschuß zur Verwaltung aus dem Unterstützungs-fond	528 —
Ausgabe: Für Agitation u. Verwaltung	6632 74
Kassenbestand (Vortrag)	69 90
	6702 64 6702 64
Unterstützungsfond.	
Kassenbestand am 10. Juli 1874	158 68
Einnahme	3261 —
Ausgabe: a) für Gemafregelte	2847 52
b) Zuschuß zur Verwaltung	528 —
Kassenbestand (Vortrag)	44 14
	3419 66 3419 66

Ueber die Geschäftsthatigkeit des Ausschusses sei hier bemerkt, daß der Parteikassirer im Laufe des letzten Verwaltungs-Jahres 738 eingehende und 213 ausgehende Briefe und Geldsendungen zu verzeichnen hatte.

Beim Parteisekretär gingen während der 9 1/2 Monate seit dem letzten Parteicongress 1446 Briefe und sonstige Sendungen ein, während von ihm 2616 nach auswärts befördert wurden.

Daß unter den allseitigen Verfolgungen und den damit verknüpften Geldopfern die Agitation für Ausbreitung der Partei leiden mußte, haben wir oben schon betont, indeß wurde auch auf diesem Gebiete das Möglichste geleistet und sind es besonders die Parteigenossen Edflein, Scheil, E. Hillmann, A. Banmann, J. Baumann, Grillenberger, Geiser, Dehne, Kiefer, Rüd, R. Wolf, Biemer, Bernstein, Slaud, Heiland, Geib, Liebknecht, Rotteler, Bahlteich, Nauert, Ulrich u., welche hervorragend thätig waren.

Während die Verfolgungen und Auflösungen im vollen Gange waren, wurde im 14. sächsischen Wahlkreise eine Nachwahl nothwendig. Da bei den letzten allgemeinen Wahlen Parteigenosse Fint in diesem Wahlkreise auf die engere Wahl kam, so glaubten wir, daß es Pflicht der Partei sei, Alles anzubieten, um, wenn auch keinen Sieg, so doch eine anständige Minorität zu erlangen. Leider entsprach das Resultat den gehezten Erwartungen nicht, indeß konnte doch auch von einer ernsthaften Niederlage nicht die Rede sein; wir hatten immerhin noch dieselbe Stimmengahl wie bei der ersten Wahl im Winter 1874 und war es nur den vereinten Anstrengungen unserer verbündeten Gegner möglich geworden, unseren Candidaten aus dem Felde zu schlagen. Für die Schlappe im 14. sächsischen Wahlkreise entschädigte uns hinglänglich der Ausfall der Nachwahl im 12. sächsischen Wahlkreise, Stadt Leipzig. Letztere Wahl hat so recht treffend illustriert, was an dem Geschwäg der Gegner über den „Rückgang der Sozialdemokratie“ ist.

(Fortf. folgt.)

## Politische Uebersicht.

— Aus dem Lande der Krupp'schen Gussstahl-Fernrohre, vulgo gezogenen Kanonen, Mausergewehre, Kasernen, Zuchthäuser und Gefängnisse.

Auf der jetzt in der zweiten Haupt- und Residenzstadt Königsberg im Lande Preußen stattfindenden Gewerbe-Ausstellung ist, was nicht in Abrede zu stellen, die bedeutendste Ersehung nicht etwa ein Fabrikat Deutschlands oder gar der Provinz Preußen, mit deren Industrie es gar jämmerlich aussieht und die jetzt vielleicht durch den „ehrenwerthen“ Dr. Stroußberg, dem „Gründer“ der ostpreussischen Südbahn, der vor Kurzem die Elbinger Waggon-Fabrik, bei der er übrigens ein sehr gutes Geschäft gemacht haben soll, künstlich erworben, nach „Gründer“-Art gehoben werden wird, sondern ein aus der Hauptstadt Frankreichs hervorgegangenes. Es ist dies die wundervolle Schnellpresse von Martinoni in Paris, welche der Buchdrucker-Besitzer Kasemann aus Danzig ausgestellt hat und auf welcher in nächster Zeit die Herstellung von Drucksachen vor den Augen des Publikums beginnen soll. Die Maschine ist ein großartiges Meisterstück der Mechanik. Schon der Laie, wenn er an sie herantritt und vorher im Haupt-Ausstellungsgebäude die Arbeiten an den ausgestellten Uhren betrachtet hat, an welche wir doch beinahe den Anspruch allerfeinster Arbeit zu machen gewohnt sind, muß sofort erkennen, daß die Arbeit an ihr in allen Theilen eine feinere ist, als an unsern besten Chronometern, und so auch der Gang der Maschine. Noch ist sie nicht im Betriebe, und nur der Freundschaft der Vertreter des Kasemann'schen Hauses danken wir es, daß wir die Maschine in ihren Bewegungen betrachten konnten. Das Ineinandergreifen der einzelnen Theile ist ein so überaus genaues, daß wir bei schärfster Beobachtung auch nicht eine Spur von todtem Gange entdecken konnten. In demselben Augenblick, in welchem die Hand die erste Bewegung an der Presse ausführt, theilt sich dieselbe mit unglaublicher Präzision auch den entferntesten Theilen mit. Die Zahnräder sind mit einer Genauigkeit gearbeitet, wie wir sie — wie bereits gesagt — nicht bei unsern Uhren finden. Zugleich sind diese Zahnräder überall mit einem Schutzbüchse von Bronze versehen, das wohl weniger gegen das Verstauben der Räder, als zum Schutze für die Hände der Arbeiter berechnet ist.

Die Presse möge immerhin der Ausstellung zur Zierde gereichen, auch wenn sie ein Pariser Fabrikat ist, und müssen wir dies um so mehr wünschen, damit unsere deutschen Michel, denen von unsern kulturkämpferischen „genialen“ Staatsmännern und ihrem ganzen Anhang stets die banale Phrase von der Verkommenheit der Franzosen bis zum Uel wiedergehört und von ihnen gläubigst nachgebetet wird, endlich einmal einsehen lernen, daß die Industrie, die in Deutschland sich hauptsächlich auf die Fabrication von Mordinstrumenten, als da sind: Krupp'sche Kanonen, Mausergewehre und Panzerschiffe, welche letzteren übrigens zum größten Theile aus englischen und französischen Werkstätten hervorgegangen sind, geworfen, andere Ziele als die bisherigen zu erstreben hat. Mögen diese deutschen Michel eingebet werden, daß nur Werke des Friedens, welche geeignet sind, das Band der Eintracht und Brüderlichkeit um alle Menschen zu schlingen und sie zu wirklichen, echten Menschen zu machen, sich den Anspruch auf die Dankbarkeit der ganzen Menschheit erwerben und sich von selbst ein unvergängliches Denkmal in deren Herzen setzen, während die Werke des Krieges, und wenn derselbe noch so ruhmvoll geführt und noch so viele Milliarden einbringt, ihnen das Räuszeichen, das Zeichen des Nordes und der Barbarei in unanstößlichen Zügen auf die Stirne drücken.

— Zur Illustration der Zustände in der Volksschule im glorreichen deutschen Reiche, „dem Reiche der Gottesfurcht und frommen Stiebersitte“, mag folgender, der „Posener Zeitung“ zugegangene Artikel aus Pleschen, vom 16. Jani d. J., dienen:

Vor einigen Tagen erschien in der hiesigen evangelischen Schule der Lokal-Schulinspektor Pastor Strecker, hielt einem zehnjährigen Knaben vor, daß eine Beschwerde gegen ihn wegen Diebstahls an einem Trauringe eingegangen sei und forderte ihn auf, den Diebstahl zu bekennen. Als der Knabe dies nicht that, befaß der Schulinspektor dem Lehrer, Namens Ludwig, den Knaben körperlich zu züchtigen. Derselbe kam dem Befehle nach und gab dem Knaben in kurzen Unterbrechungen circa 80 Stockhiebe. Vor Schmerz und Angst räumte das Kind nun den Diebstahl ein. Nachdem der Schulinspektor mit seinem Handstock dem Knaben noch zehn Hiebe gegeben hatte, ließ er ihn in das frühere Soldaten-Arrestlokal einsperren und von 11 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Abends hungern. Nach der Entlassung aus dem Arreste wurde der Knabe zum Arzte geführt, welcher ein Attest über die Mißhandlungen desselben ausstellte. Gegen den Pastor Strecker und Lehrer

Ludwig ist aus §§ 340, 359, 313, 339, 239 des Strafgesetzbuchs Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Pleschen gemacht worden. Außerdem ist eine Abschrift der Anzeige und des Attestes dem Herrn Cultus-Minister mit der dringenden Bitte eingezandt worden, dem Herrn Pastor Strecker die Schulinspektion sofort abzunehmen. Der Trauring soll sich übrigens gefunden haben und hat demnach der Knabe die Schläge unverdientermaßen erhalten.

Wahrlich herrelch, unerreichbar und wirklich einzig dastehend! Ein Bindig als Rechtslehrer, ein Kreisgerichtsrath als Mädchenpräzler, ein wohlbestallter evangelischer Schulinspektor und Pastor, also ein rechtgläubiger, wahrhaft würdiger Diener Gottes als Jaquistor und Buchmeister, und ein Volksschullehrer als Profosß und gehorsamer Diener dieses würdigen frommen Herrn, welcher natürlich sich den Bibelspruch: „Ben der Herr lieb hat, den züchtigt er,“ tief eingepreßt hat, und gewiß ein echter Kulturkämpfer vor dem Herrn ist. Wir können aber dem Herrn Pastor Strecker und dem Lehrer Herrn Ludwig den wirklich freundschaftlichen Rath aus voller Ueberzeugung ertheilen, sich in das „heilige“ Rußland, dem Reiche der Kulte, zu begeben, und sind des Festens davon überzeugt, daß Herr Strecker daselbst gewiß eine seinem hohen Talente angemessene Anstellung als Kantensmeister und Herr Ludwig, dieses Raster eines gehorsamen Dieners, eine solche als Kantenschwinger erhalten würde.

Aber, welche Raiocität, von einer Anzeige an die kgl. Staatsanwaltschaft Pleschen und den Herrn Cultusminister Dr. Falk — den früheren Epder Staatsanwalt — viel zu erwarten. Es sind schon zu viele Anzeigen über Mißhandlungen von Schullindern Seitens der Lehrer, und zwar der empörendsten Art, von deren Eltern bei den Behörden gemacht worden, worauf von diesen meistens keine Ahndung und wenn's hoch kam ein Verweis erfolgte oder eine Ordnungsstrafe von 1 Thlr. — sage Einen Thaler — gegen den Excedenten festgesetzt wurde. Man denke nur an den Marienburger Gymnasiallehrer, der sich vor einigen Jahren in Folge der Mißhandlungen eines Oberlehrers erhängte, und eines Kindes aus dem Dorfe Kyschienen, Keifes Reidenburg, welches, um den Mißhandlungen Seitens des Lehrers zu entgehen, spurlos verschwand und im „Reidenburger Kreisblatt“, jedoch vergebens, gesucht wurde. Fragen wir aber, ob diese Lehrer für diese von ihnen an Kindern verübten Brutalitäten bestraft worden sind, so müssen wir diese Frage mit einem entschiedenen „Nein“ beantworten, und dasselbe kann man hinsichtlich des oben erzählten Pleschener Falles fast mit großer Bestimmtheit erwarten, und dies um so mehr, da sowohl Herr Dr. Falk als die Staatsanwaltschaft Pleschen ihre ganze Thätigkeit dem großen „Culturkampf“, in dem sie leider noch gar keine nennenswerthen Erfolge aufzuweisen haben, widmen müssen, und sich schon aus diesem Grunde nicht um solche Bagatelle kümmern können.

Dem Bolke aber rufen wir zu: „Michel, schlafe nicht, öffne endlich Deine blöden Augen und siehe, wie Deine Gewalthaber mit Dir und Deinen Kindern verfahren!“

Ein anderes Bild! Der „Germania“ schreibt man: „Bon der Weichsel, 25. Mai. Zu der einflussigen Schule im Dorfe Kölln, Kreis Neustadt, Westpreußen, gehören noch immer über zweihundertfünfzig schulpflichtige meist katholische Kinder. Selbstverständlich kann da nur Halbtags-Unterricht stattfinden. Herr Dr. Falk ist doch schon über drei Jahre Unterrichts-Minister und hat an diesen Zuständen noch nicht geändert. Aber auch in protestantischen Gegenden herrschen ähnlich, ja vielleicht noch haarträubendere Schulsverhältnisse. Seit dem 1. d. hat in 69 Schulen des Reidenburger Kreises der Halbtags-Unterricht eingeführt werden müssen, theils wegen übergroßer Schülerzahl, theils wegen der Armut der Bewohner. Die Lehrer, namentlich die jüngeren, scheinen ihr Amt bloß als ein Handwerk zu betrachten, wie dies die ungünstigen Resultate der Wiederholungsprüfungen beweisen. In dem evangelischen Lehrer-Seminar in preussisch Friedland bestanden dieselbe von 21 Lehrern ein Mal nur 11, das andere Mal von 23 nur 12 und ein drittes Mal von 20 nur 14 Lehrer. Wir können noch hinzufügen, daß nach einer Mittheilung der „Insterburger Zeitung“ sich im Kreise Insterburg zwei Ortschaften, Jägerstrug und Grünberg befinden, in welchen seit 2 1/2 Jahren die Kinder ohne jeglichen Unterricht aufwachsen. Wann werden diese jammervollen Zustände im „Lande der Schulen“ aufhören?“

Die Antwort auf diese Frage kann nur die sein: wann der „Militärstaat“ Preußen aufgehört hat zu existiren. Ganz ähnliche Zustände wie wir sie jetzt in Preußen haben, werden mit der Zeit durch das jetzt in ganz Deutschland eingeführte preussisch-deutsche Militär-System in den übrigen deutschen Staaten entstehen. Dem Millionen und aber Millionen verschlingenden Militarismus mit allen seinen Anhängeln muß nothwendigerweise jede gesunde Entwicklung des Bolkes, die von ihm systematisch unterdrückt wird, selbstverständlich also auch die Schule, für die eben kein Geld da ist, weichen und wunden wir uns gar nicht über die oben geschilderten Zustände, da sie eine durchaus logische Consequenz des jetzigen Regierungssystems sind. Traurig ist es nur, sich solche Frage von der „Germania“ vorlegen zu lassen; denn klingt es nicht wie bitterer Hohn, wenn sie fragt:

„Wann werden diese jammervollen Zustände im „Lande der Schulen“ endlich aufhören?“

— Ueber den Brünner Strike schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ unterm 7. d.:

„Die Fabrikanten halten Versammlungen über Versammlungen, ohne daß sie einig werden können; dagegen sind die Arbeiter, ohne daß sie Versammlungen halten dürfen, fortwährend einig. Die Zahl der Strikeuben nimmt eher zu als ab. Als neueste behördliche Intervention zu Gunsten der Fabrikanten ist heute die Auflösung des Manufakturarbeiter-Fachvereins zu bezeichnen. Die Motivirung dieser Maßregel ist ein Meisterwerk bureaukratischer Engbergigkeit und verdient es, als Illustration der „Freiheit wie in Oesterreich“, wörtlich abgedruckt zu werden. Sie lautet: „Dieser Verein, dessen Thätigkeit sich hauptwiegend nur auf Wahrung und Förderung der materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder zu beschränken hat, trat in unbedenklicher Verletzung der Manufakturarbeiter im Allgemeinen auf, leitete eine Agitation zur Einführung eines allgemeinen, somit auch für Nichtvereinsmitglieder geltenden Lohntarifs ein, ließ auch einen solchen Lohnarif durch den Druck behufs dessen Einführung vervielfältigen und verbreiten. Weiters ist auch konstairt, daß der Vereinsobmann, Zacharias, den nach Marschegg entsendeten Delegirten das Mandat ausstellte und im Verein mit Indra die geheime Arbeiter-Versammlung in Braunsdorf (Schlesien) in Scene setzte.“

Also wenn Jemand in einen Verein eintritt, darf er nur noch für das materielle und geistige Wohl der Vereinsmitglieder sorgen, die übrige Menschheit existirt nicht mehr für ihn. Ein Verein darf nur etwas drucken lassen, das allein seine Mitglieder lesen. Ein Verein, der es sich zur Aufgabe stellt, auch den nicht

zum Vereine gehörenden Fachgenossen Gutes zu thun, begehrt eine strafbare Handlung."

— Reformgesetzgebung in England. Wenn der Bourgeoisstaat sich bemögen fühlt, auf die berechtigten Forderungen der Arbeiter einzugehen, so darf man sich dadurch nicht verleiten lassen, zu glauben, was einige Agenten der Bourgeoisie von dem „guten Willen“ und der „Humanität“ der herrschenden Klassen fasseln. Die letzteren werden sich nie dazu hergeben, den Unterdrückten nachzugeben, außer wenn sie durch den Drang der Umstände dazu gezwungen werden und der Stimme des Volkes Gehör schenken müssen. Der Pariser National-Convent von 1793 hätte weder den König verurtheilt, noch das Schreckenssystem acceptirt, wenn ihn nicht das Ungeheuer der revolutionären Volksmassen mit fortgerissen hätte. Und doch haben dieselben Leute, welche die Maßregeln Robespierre's gebilligt, auch dem Tyrannen Bonaparte die Kaiserkrone aufs Haupt gedrückt. In diesem Sinne müssen wir es auffassen, wenn im klassischen Lande der Bourgeoisie, in England, die Regierung darauf eingeht, die verrotteten Rechtszustände bezüglich der Arbeiterklassen wenigstens in sofern hinwegzuräumen, als es sich um Institutionen handelt, die bei dem heutigen Zustande der Wissenschaft und Bildung denn doch zur moralischen Unmöglichkeit geworden sind.

Die englische Regierung hat schon öfters dem Druck von Außen, den das Volk auf sie ausübte, nachgeben müssen. Durch die gewaltige Massenagitation, die Cobden anregte, fielen die verächtlichen Korngesetze und die Arbeiter erzwangen sich günstigere Bestimmungen bezüglich der Arbeitszeit in den Fabriken.

Die Spitze der Agitation der englischen Arbeiter richtete sich in letzter Zeit namentlich gegen drei Gesetze, welche als die festesten „juristischen“ Bollwerke der Klassenherrschaft dem arbeitenden Volke ganz besonders verhaßt sind und deren Beseitigung von den „Liberalen“ hartnäckig verweigert wurde. Jetzt sind aber bekanntlich die „Conservativen“ am Ruder, und diese sind seit ihrem Eintritt ins Ministerium eifrig bemüht, die Arbeiter für sich zu gewinnen, und den „Liberalen“, von denen sie bisher sich narren und nachführen ließen, abspenstig zu machen. Es ist nicht das erste Mal, daß die Eifersucht der verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse aufeinander den Arbeitern zu Statten gekommen wäre. Die Tory- (conservative) Regierung des Hrn. Disraeli hat eine Bill vorgelegt, welche die fraglichen Gesetze ihrer mildesten Bestimmungen zu entkleiden bestimmt ist. Das erste dieser Gesetze ist die „Master and servant act“, das Gesetz, welches das Verhältnis zwischen „Herr und Diener“ feststellt. Wenn nämlich der „Herr“ gegen den „Diener“ klagt, so wurde letzterer criminal bestraft und zwar draconisch hart, mit Gefängnis, Abzug vom Lohn, Geldstrafen u. s. w., während im entgegengesetzten Fall für den „Diener“ nur der gewöhnliche Weg der Civilklage zulässig war. Die englische Regierung gedankt nun, wie der Minister Croft im Unterhause mitgeteilt hat, dieses Gesetz zu mildern, indem künftig nur dann criminelle Bestrafung eintreten soll, wenn öffentliche Interessen verletzt sind und die böse Absicht nachgewiesen werden kann. Alles Andere soll auf dem Civilwege abgemacht werden.

So sehr dieser Vorhalt der Bourgeois-Brutalität Thür und Thor offen läßt, ist es doch ein ungeheurer Fortschritt gegenüber den neuesten Bestrebungen in Deutschland, den Contractbruch überhaupt criminal zu bestrafen.

Das zweite Gesetz ist der „Criminal Law Amendment Act“ (Acte zur Abänderung des Criminal-Gesetzes). Nach diesem Gesetz ist nämlich strafbar: wer eine Person oder Eigenthum angreift, bedroht, oder Jemanden in seiner Bewegung hindert, um ihm einen gewissen Zwang anzuthun; wer einem Arbeiter von Ort zu Ort folgt, sein Werkzeug zerstört, das Haus, wo er arbeitet, beobachtet — Alles mit der Absicht, ihn zu einer bestimmten Handlung zu zwingen.

Hier schlägt die Regierung nur eine Aenderung vor, die auf den Gang des Strafprozesses Bezug hat und ganz unwesentlich ist. Man sieht, die Herren Bourgeois wollen die „Humanität“ nicht zu weit treiben.

Das dritte Gesetz ist das verächtliche Verschwörungsgesetz (Law of conspiracy). Die Regierung wünscht in dieses Gesetz einen Passus hinzuzufügen, nach welchem eine Verabredung und Vereinigung von zwei oder mehr Personen, mit der Absicht, dies oder jenes zur Förderung ihres Gewerbes durchzuführen, nicht strafbar sein soll, es sei denn, daß dasselbe Vergehen auch jetzt schon, wenn von einem Einzelnen begangen, criminal bestraft wird. Nach der gegenwärtigen unsinnigen Bestimmung sind nämlich gewisse Handlungen, von einem Einzelnen begangen, nicht strafbar, wohl aber wenn von Mehreren ausgeführt.

Die Vorschläge haben im Unterhaus die erste Lesung passiert. Freilich ist der Vortheil gering, der durch diese Aenderungen für die Arbeiter erzielt wird, denn böswillige Richter können die Bestimmungen drehen und wenden wie sie wollen. So lange auf den Richtersühlen politische Gegner des Angeklagten sitzen, so lange die Richter der herrschenden, der Angeklagte der unterdrückten Klasse angehört, kann von wirklichem „Recht“ keine Rede sein. Indes eine Besserung ist doch angebahnt, und die Gewerksvereine haben sich, trotz der bisherigen den „Liberalen“ gegenüber geübten Schweigebudelei und Schleppträgerei, ziemlich energisch für die Gesetzesvorlage ausgesprochen, die jedenfalls ein sehr guter politischer Schachzug des schlauen Disraeli ist.

— Aus England. Die in London arbeitenden deutschen Schneider hielten auf Anregung des allgemeinen Schneidervereins eine Zusammenkunft, um sich über die Zweckmäßigkeit der Gründung eines deutschen Zweigvereins zu beraten. Zweck des Vereins ist Unterstützung arbeitsloser oder kranker Mitglieder und nöthigenfalls auch Einwirkung auf die Meister. Spezieller Zweck eines deutschen Zweigvereins ist, den einwandernden deutschen Schneidern Arbeit zu verschaffen und ihnen Schutz gegen die allen einwandernden Arbeitern drohende Gefahr zu gewähren, bei Unkenntnis der Verhältnisse und Mangel an Unterhaltsmitteln zu Arbeit um jeden Preis greifen zu müssen. Der Beschluß zur Gründung wurde von der Versammlung einstimmig gefaßt.

In den Londoner Bauwerken droht ein Strike. Es handelt sich um die sogenannten „Schleiffrage“. Bisher bestand allgemein die Sitte, den Arbeitern bei etwaiger Entlassung zwei Stunden Zeit zu gewähren, damit sie ihr Arbeitszeug schleifen und sonst zurechtstellen könnten, um sofort zu neuer Arbeit vorbereitet zu sein. In letzter Zeit haben die Arbeitgeber auf diese Sitte keine Rücksicht genommen und nur eine Stunde Zeit gewährt, bez. dafür Lohn bezahlt. Die Arbeiter wollen dies nicht zugeben. Bei einer Firma ist bereits wegen dieser Angelegenheit ein Strike eingetreten, und geben die Meister nicht nach, so sieht ein allgemeiner Bauhandwerker-Strike in Aussicht.

Nach amtlichen Zusammenstellungen über die englischen Bergwerke waren in den Kohlengruben im v. J. 538,829 Personen beschäftigt, von denen nur 110,218 oberhalb des Grundes arbeiteten.

Die Zahl der Unfälle (Explosionen u.) betrug 895, wobei 1056 Menschen umkamen. In den Erbergwerken waren 62,306 Personen beschäftigt, von denen 25,161 oberhalb des Grundes arbeiteten. Die Zahl der Unfälle belief sich in denselben auf 94, wodurch 165 Todesfälle herbeigeführt wurden. Ein Vergleich der Unfälle mit dem 1874 in den Bergwerken beschäftigten Personal ergibt einen Anstieg auf je 663 Personen und einen Todesfall auf je 604 Bergleute; und während ein Todesfall auf je 417 unterirdisch arbeitende Personen kam, stellte sich das Verhältnis bei den oberhalb des Grundes Arbeitenden auf je 1 zu 1,77.

In einigen Theilen Schottlands vertauschen geübte Bergleute die Beche mit der gewöhnlichen Tagelöhnerarbeit. Eine Anzahl Kohlengrubenarbeiter hat das Land verlassen, und einer Schätzung nach giebt es in Schottland jetzt 5000 Grubenarbeiter weniger als zur Zeit, da der Durchschnittslohn 10 Schill. (10 M.) pro Tag betrug. Die Kohlengrubenbesitzer von Cannoth Chase haben ihren Arbeitern eine Lohnherabsetzung von 3 Pence (2 1/2 Gr.) pro Tag angekündigt; die Maßregel betrifft 5000 Personen.

### Innere Partei-Angelegenheiten.

Die Versendung der Protokolle des Sozialisten-Congresses, abgehalten vom 22. bis 28. Mai zu Gotha, hat begonnen, und ersuchen wir die Parteigenossen derjenigen Orte, welche vielleicht bei der Zusendung übersehen worden sind, dies sofort hierher zu berichten.

Der Preis des Protokolls beträgt 25 Pf. pro Stück. Bei Baarzahlungen für größere Bestellungen ist es gut, zugleich das Paderporto (bis 90 Stück 50 Pf., darüber 1 Mark) beizufügen; bei Kreuzbandsendungen sind für 1 bis 4 Stück 10 Pf., für 5 bis 9 Stück 20 Pf., und für 10 bis 19 Stück 30 Pf. für Porto mit einzufenden.

Hamburg, im Juli 1875.  
Der Vorstand  
der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.  
J. A.  
J. Auer, E. Derossi, große Rosenstraße 36, II.

### Gewerksgenossenschaftliches.

**Bremen.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Reiseunterstützung in Bremen bei dem Beitragsammler J. Rohwer auf der Herberge und auf dem Nachweisungs-Bureau, Seemannstraße 1, von Morgens 8 bis 11 Uhr ausbezahlt wird.  
J. Eden, Bevollmächtigter, Grönmacherstraße 10.

**Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.**  
Hamburg, 9. Juli. In Flensburg steht in Folge einer Lohnforderung eine Arbeitseinstellung am 12. dieses Monats in Aussicht. Der Zutritt muß ferngehalten werden. Nächstens mehr.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
H. Groß.

### Correspondenzen.

**Gamenz, 4. Juli.** Am vergangenen Sonnabend fand hier im Locale des Schloßberges eine gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher Kaiser und Dredde erschienen waren, um über die Lage der arbeitenden Bevölkerung und das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei zu sprechen. Die Versammlung war reich an heiteren Episoden (Ritzenfällen), hervorgerufen durch den die Versammlung überwachenden Polizeireferendar. — Schon vor Beginn der Versammlung hatte derselbe mit dem Einberufer derselben, Wendt, eine Conferenz, worin er anzeigte, er werde „streng“ vorgehen. Nach einer solchen Bemerkung war vorauszusetzen, daß es zu spasshaften Ausritten kommen werde. Kaiser hatte ungefähr 1/2 Stunde gesprochen, und zog nun ein am selbigen Tage hier stattgehabtes Vorkommniß, nämlich die Feier des 30jährigen Jubiläums eines Arbeiters, weil derselbe diese Zeit ununterbrochen in ein und derselben Fabrik thätig, in das Bereich seiner Ausführungen; besonders belächelte der Redner die Verleihung der Medaille für „Treue in der Arbeit“ und rief den Anwesenden zu: was hat nun der Arbeiter in den 30 Jahren erreicht, steht er nicht da, wo er vor 30 Jahren stand? u. c., als der Herr Polizeireferendar dem Vorsitzenden etwas ins Ohr flüsterte. Endlich stellt sich heraus, daß der Polizeigewaltige erklärt, Kaiser dürfe so nicht weiter reden. Kaiser bemerkt: Er wünsche, daß der Herr Referendar etwas lauter reden möchte, damit er auch wisse, was derselbe verlange, ebenso meine er, daß durch lautes Reden die Autorität sich nur „stärke“ (Heiterkeit). Nun wollte Kaiser auseinandersetzen, wie wenig Berechtigung zur Unterbrechung vorlag, worauf der Polizeigewaltige sagte, er lasse sich auf keine Diskussion ein. Kaiser erklärte nun, seine Ausführungen gelten auch nicht dem überwachenden Polizeibeamten, sondern den Anwesenden, damit dieselben die Redefreiheit, welche in Deutschland herrscht, beurtheilen können. Derauf sprach derselbe ungefähr wieder eine halbe Stunde unangefochten weiter. Als er bei Erörterung des Programms auf die Abhängigkeit der Arbeiter zu sprechen kam und nur nebenbei betonte, wie gerade in der Textilindustrie neben den „Herren“ auch noch die Tyrannei der Buchhalter zu extragen sei, da sprang plötzlich der Polizeigewaltige vom Stuhle auf und sagte: „Sind denn die Buchhalter nicht auch abhängig?“ Weiter kam er nicht, denn Kaiser rief sofort: Soll das eine amtliche Bemerkung sein? Pol.-Ref.: Nein, ich wollte nur so dies bemerken. Kaiser: Jetzt lasse ich mich mit Ihnen in keine Diskussion ein, Sie haben nur amtlich zu reden. Es steht Ihnen frei, wenn Sie Ihre Machtbefugnisse auf den nebenan sitzenden Polizeiwachmeister übertragen, Ihre gegenwärtige Meinung kund zu thun, wenn ich zu Ende bin. Unter dem jubelnden Ruf der Versammlung setzte aber Kaiser auseinander, wie die angeführten Personen ebenso wie niedere Beamte, keine Gewerbetreibende u. c. abhängig sind, nur wolle der größte Theil den Druck, welchen er von oben empfinde, nach unten doppelt fühlen lassen. Wenn das Programm verwirklicht werde, so höre eben jeder Druck auf, die Genannten werden nicht mehr gedrückt, dürfen dann aber auch nicht mehr drücken. Nach 2 1/2 stündiger Rede war Kaiser mit seinen Erläuterungen zu Ende und schloß unter dem lebhaftesten Beifalle der Anwesenden. Der Partei traten sofort über 30 Personen bei. Der Polizeigewaltige verhielt sich mit Ausnahme eines Privatwunsches über den Schluß der Versammlung still, lächelte nur dann und wann und schüttelte heftig mit dem Kopfe. Natürlich mußte er sich gefallen lassen, daß Kaiser sagte: Es schüttelt Jemand mit dem Kopfe, deshalb bin ich gezwungen, das Vorgetragene klarer zum Verständnis zu bringen. Und dies geschah immer in

solcher Art, daß die Versammlung zur größten Heiterkeit angeregt wurde.

**Kadeberg, 28. Juni.** Gestern fand hier unter freiem Himmel in Großtags Garten eine sehr zahlreiche besuchte Volksversammlung statt, in der unser Reichstagskandidat Liebknecht als Referent auftrat. Derselbe sprach über die heutige Gesetzgebung und die Bestrebungen der Sozialdemokratie in zweifelhäftiger, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede. Die Bewegung hierorts und in der Umgegend hat durch diese Rede einen neuen Impuls erhalten. Jede solche Rede Liebknecht's in diesem Kreise, in welchem derselbe bei der letzten Reichstagswahl eine bedeutende Stimmenzahl erlangte, ist ein Abbruch, der dem bisherigen Abgeordneten unseres Wahlkreises, General-Staatsanwalt Schwarze, geschieht. Dieser General-Staatsanwalt läßt sich vor seinen Wählern nicht blicken. Der hat wahrscheinlich keine Zeit dazu, weil ihm ja schon der Kampf, welchen derselbe mit der sächsischen sozialdemokratischen Presse führt, zu viel Zeit wegnimmt. — Hier herrscht eine nette Birthschaft. Unser Polizeigewaltiger wollte nämlich die angelegten Plakate nicht bulden, ließ dieselben, trotzdem die Hausbesitzer die Erlaubniß zum Ankleben erteilt hatten und Beredsamkeiten nicht zu erwarten waren, abreißen. Das Schönste aber ist, daß der Plakatanstalter in Haft genommen wurde. Ja, als ein Bidelbehaupter ihn transportirte, verbot ihm dieser auf der Straße zu rauchen und steckte ihn in ein stinkiges Loch. Damit noch nicht genug, nahm dieser Polizeier dem Inhaftirten alle Papiere u. c. ab und wollte noch bei denselben nach Ungezieser suchen. Erst ein energischer Protest des Inhaftirten veranlaßte den Polizeier von der Jagd nach Bienen Abstand zu nehmen. — Wir möchten bloß fragen, ob Kadeberg in der Türkei oder Rußland liegt, daß man Personen, die hierorts in Arbeit stehen, also nicht der geringste Verdacht vorliegt und die im aller schlimmsten Falle eine kleine Ordnungsstrafe zu erwarten haben, so sans gêne (ohne Befangenheit) in eine stinkige Zelle sperrt. — Aber die Kadeberger Polizei kann sich groß fühlen, denn auch sie hat was im „Kulturkampf“ gethan.

**Grausthal, 4. Juni.** Gestern Abend fand in unserer Nachbarstadt Hohenstein eine Volksversammlung statt, in welcher unser Reichstagsabgeordneter A. Bebel referirte. Die Tagesordnung bildete: „Die Ursachen der gegenwärtigen Geschäftskrise“. Wollte ich den ausgezeichneten Vortrag nur theilweise wiedergeben, so hieße das bloß ihn verkümmeln. Ich will mich deshalb damit begnügen, zu erwähnen, daß der Referent gelegentlich hervorhob, daß die Sozialdemokratie — wie an Allem — so auch an der gegenwärtigen Krise schuld sein solle, wie in der gegnerischen Presse gefaselt wird. Die Unübersichtlichkeit solcher Beschuldigungen geistete Bebel mit der Bemerkung, daß schließlich auch noch die Cholera oder eine sonstige Epidemie ins Land käme, wir auch daran schuld sein müßten, welcher Ausfall stürmische Heiterkeit hervorbrachte. Die Versammlung war eine zahlreich besuchte und legte über keinem Rückgange der Sozialdemokratie Zeugniß ab. Heute über 8 Tage, den 11. Juli, wird eine Volksversammlung in Oberlungwitz stattfinden, in welcher Bebel ebenfalls sprechen wird. Auch diese dürfte kund thun, daß das Gefasel vom Rückgange eiller blauer Dunst ist.

**ApoDa.** Auch in hiesiger Stadt hat seit dem Gothaer Congreß die Partei recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Im Laufe des vorigen Monats tagte hier im Saale des Gasthauses zum Löwen eine „allgemeine Arbeiterversammlung“, in welcher Herr E. A. Reichelt über den Gothaer Congreß und das Parteiprogramm, sowie Herr E. Kettel über den Zweck des Thüringer Zeitungs-Vereins referirten. Obgleich des schönen Wetters halber nur schwach besucht, war die Versammlung für uns doch von bestem Besuche. Es zeichneten sich zum Programm der neu gegründeten Partei sofort circa 40 Mann sowie zum Thüringer Zeitungs-Verein 14 neue Mitglieder ein. Hoffentlich werden die neu gewonnenen Genossen mit demselben Opfermuth und Ausdauer ihre Schuldigkeit thun, wie es die älteren Sozialisten bisher gewohnt waren. Daß wir im vergangenen Jahre am hiesigen Orte unser Möglichstes gethan haben, mag nachstehende Notiz beweisen: Seit dem 1. September v. J. bis 31. Mai d. J. wurden von den hiesigen 30 Genossen circa 40 Thlr. an direkten und indirekten Beiträgen aufgebracht und zur Agitation verwendet.

Parteigenossen ApoDa's laßt uns in gleicher Weise so weiter wirken und vor Allem die in unseren Reihen geschaffene Eintracht befestigen!  
C. F. L.

**Neustadt a/Orla, 2. Juli.** Zur Steiner der Wahrheit. Das ist eine traurige Kulturkampfsweise, aus einer Zeitungsentee Kapital für die Interessen einer politischen Partei zu schlagen; sie liefert den Beweis, daß eine solche Partei, gestützt auf gegnerische Schwächen, alle ethischen Gesetze missachtend, mit Riesenschritten ihrer Auflösung entgegengehen muß. Der Ankauf eines Gutes von Hasenclever ist ein lägenhaftes Gerücht, das seine Quelle in einem gewissen Preß-Bureau hat. Derartige Neuzüge bewegen sich immer schaukelnd zwischen „es wird sein“, „es würde sein“ und „wenn es so wäre.“ Man möge doch stets im Hinblick auf den uns angelegten Maulkorb des Grundgesetzes eingedenk sein: „Calumniare auctor, semper aliquid haeret“ (verleumd: läßt, es bleibt doch etwas hängen).

Ehrenvoller und zweckdienlicher würde es sein, Abstand zu nehmen von solchen Verleumdungen, damit nicht der Rest des im Volke wurzelnden Gethüßes für Wahrheit und Recht vollends untergraben werde; ferner von Zeit zu Zeit Thatsachen zu veröffentlichen, welche die Krebschäden unserer Volkswirtschaft klar darlegen und dem Volke auch nach dieser Seite hin die Augen öffnen. Man nehme z. B. den Fall des Hülfsweihenstellers Göhrke, der in Nr. 73 des „Volksstaat“ besprochen ist. Ja, ja „für ehrliche Arbeiter, die ihre Gesundheit dem Staate geopfert, giebt es keine Fonds, für das ehelose Reptiliengefinde giebt es den Reptilienfond, mit nahezu einer Million jährlicher Einkünfte!“

Schließlich rathen wir der Redaction des hiesigen „Kreisboten“, doch bei Gerüchten, wie dem oben angebeuteten, zum mindesten erst die Bestätigung abzuwarten, bevor breite Declamationen darüber losgelassen werden, sonst könnte es leicht kommen, daß sich innerhalb eines halben Jahres in Neustadt eine dritte Buchdruckerei etabliert, respective ein neues Blatt mit rother Färbung erscheint. Für Männer, die ihr Leben, all ihre Kräfte der Befreiung der sozialdemokratischen Ideen gewidmet haben, hat der Anspruch seine vollste Berechtigung: „Die Existenz, ja das Leben aufopfern könnten und wollen, wenn anders man seinen sittlichen Werth nicht mehr behaupten kann, das macht ihn göttlich; des Lebens Sklave nicht sein, ist seine Kraft.“ Und darum: „Hut ab vor solchen Männern!“

Die hiesigen Sozialdemokraten.  
**Frankenhausen, 20. Juni.** In einer früheren Nummer des „Volksstaat“ bezieht ich mir vor, weitem Bericht zu erstatten. Jetzt läßt sich dieses thun. Nachdem die Fabrikanten die Arbeiter mit dem Schiedsgericht glauben beruhigen zu können, obgleich dieses nicht erreicht wurde, kam das Camphausen'sche Regent. Dieses Rezept ist gut! hatten die Fabrikanten gerufen. Sehen

